PB.S-01-627-3

# Kapitel 3: Solidarität sichern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

| | |
|---|---|
| Antragsteller*in: | KV Wuppertal |
| Beschlussdatum: | 25.04.2021 |

## Änderungsantrag zu PB.S-01

**Von Zeile 626 bis 628 einfügen:**
Gefahren. Das Verbot von Cannabis richtet mehr Schaden an, als dass es nützt. Wir setzen auf wirksame Prävention, auf Entkriminalisierung und Selbstbestimmung. Ziel der Drogenpolitik darf nicht die Bestrafung von Konsument*innen sein. Vielmehr muss es darum gehen die Entstehung von Sucht möglichst zu verhindern und wo nötig Abhängigkeitserkrankten zu helfen. Darum wollen wir die Kriminalisierung von Konsument*innen beenden und Präventions- und Hilfsangebote ausbauen. Diese Angebote sollen sich auch an stoffungebundene Süchte wie z.B. Spielsucht richten. Deshalb werden wir mit einem Cannabiskontrollgesetz das bestehende Cannabisverbot aufheben und einen kontrollierten

**Von Zeile 632 bis 633 einfügen:**
Konsument*innen nicht durch gefährliche Inhaltsstoffe oder schmutzige Spritzen zusätzlich gefährdet werden. Das heutige Betäubungsmittelrecht evaluieren wir auf seine Wirkungen hin. Werbung für Drogen aller Art lehnen wir ab. Das gilt für Cannabis wie für Tabak und auch Alkohol. Grundsätzlich soll sich die Regulierung von Drogen an den tatsächlichen gesundheitlichen Risiken orientieren.

## Begründung

Das Thema Drogenpolitik bleibt in diesem Programmentwurf deutlich hinter unserem Grundsatzprogramm zurück. Der Kern unserer Drogenpolitik ist Entkriminalisierung und Prävention. Das Cannabiskontrollgesetz ist hier nur ein Baustein. Dennoch ist das Thema Drogenpolitik in diesem Entwurf fast ausschließlich auf diesen Baustein begrenzt. Stoffungebundene Sucht, wie z.B. Spielsucht taucht überhaupt nicht auf.

Wichtig wäre es auch Cannabis in ein vernünftiges Verhältnis zu anderen legalen Drogen wie Alkohol und Tabak zu setzen. So sollte bei berechtigt strenger Regulierung von Cannabis z.B. Alkohol nicht als tolles Lifestyleprodukt beworben werden.

Grüne Drogenpolitik ist mehr als nur die Legalisierung von Cannabis. Das sollte nicht nur in unserem Grundsatzprogramm, sondern auch in unserem Bundestagswahlprogramm ersichtlich sein.